

WÜRDE IN ZEITEN POLITISCHER VERÄNDERUNG

Despoten hassen Menschen, die auf ihrer Würde bestehen und sie verteidigen. Sie fürchten sie, weil sie über Menschen nicht verfügen können, die auf ihrem Eigensinn bestehen und die Wahrheit, sich selbst und ihre Mitmenschen so lieben, dass sie bereit sind, auf die kleinen und großen Belohnungen zu verzichten, die ihnen Anpassung und Gehorsam versprechen.

Despoten können es nicht ertragen, wenn sich in den Augen aufrechter Menschen ihre eigene Erbärmlichkeit und Würdelosigkeit spiegelt. Sie fordern Gehorsam und Demutsgesten und genießen sie. Für das Gefühl uneingeschränkter Macht sind sie bereit, die Würde anderer Menschen permanent zu verletzen. Dass dabei auch ihre eigene Würde zum Teufel geht, kümmert sie nicht.

Despoten erhalten und vermehren ihre Macht, indem sie Menschen, die sich ihr nicht beugen, bekämpfen. Sie nutzen dafür alle Mittel: je nach den Verhältnissen, in denen dieser Kampf stattfindet, gehören zu ihnen Mord, Verfolgung, Gleichschaltung und Überwachung, aber auch Demütigung, alltägliche Gewalt, Korruption und vielfältige subtiler Unterdrückungsmethoden.

Sie merken es schon: Ich spreche keineswegs nur von den Diktaturen dieser Welt. Auch Behördenleiter, Parteivorsitzende, Lehrerinnen, Vorstandsvorsitzende, Väter, Oberschwestern oder die Anführer von Cliquen können Despoten sein. Es gab und gibt sie in allen Systemen. Unser Leben und unsere Geschichte sind voll von Kämpfen zwischen Machtanspruch und Eigensinn, Gewalt und Würde, Demagogie und Wahrhaftigkeit. Und immer geht es darum, dass Menschen verfügbar gemacht werden sollen – und darum, ob sie ihre Würde verteidigen oder sie verlieren.

Sie kennen vielleicht dieses Foto. Es wurde am 13. Juni 1936 auf der Hamburger Werft Blohm & Voss aufgenommen. Das Segelschulschiff „Horst Wessel“ wurde in Anwesenheit des Führers vom Stapel gelassen, und die hinzubeordnete Belegschaft der Werft entbot freiwillig, vielleicht auch pflichtgemäß, den Hitlergruß. Mit einer Ausnahme. Um wen es sich bei diesem Mann handelte, ist nicht endgültig geklärt. Einiges spricht dafür, dass es sich um Gustav Wegert handelte, der von 1934 bis 1945 als Schlosser auf der Werft arbeitete.

Mich berührt dieses Bild besonders, weil es sich hier nicht um einen demonstrativen Akt des Widerstands handelte, sondern um eine ganz persönliche, eher unauffällige Entscheidung. Da die Verweigerung des Hitlergrußes mit großer Gefahr verbunden war, möchte man fast wünschen, dass sie von den Umstehenden nicht bemerkt wurde. Das Risiko, beobachtet und angezeigt zu werden, muss Gustav Wegert bewusst gewesen sein, und er nahm es in Kauf. Seine verschränkten Arme zeugen davon, dass er wusste, was er tat. Diese Verweigerung war er sich selbst schuldig. Der Hitlergruß war unter seiner Würde.

Lassen Sie uns noch ein wenig bei der Frage verharren, was Würde unter den Bedingungen totalitärer Herrschaft bedeutet. Wir kennen viele große Gesten des Widerstands, und wir sind immer wieder beeindruckt von der Würde, die wir aus Briefen herauslesen, geschrieben von Menschen in größter Bedrängnis, beispielsweise Sophie Scholl oder Nelson Mandela. Weniger bekannt vielleicht: Der von Orlando Figes veröffentlichte

Briefwechsel zwischen Sweta und Lew, dem sehr jungen Liebespaar, das durch Krieg, Gefangenschaft und dann durch den Gulag auf viele Jahre voneinander getrennt wurde: Dann, am 12. Juli 1946, konnte sie ihm endlich einen Brief schreiben: *"Ljowa! Wenn es anders nicht sein kann, dann ist dies besser als nichts. Wir sind beide 29 Jahre alt, wir haben uns vor elf Jahren kennengelernt und sind uns seit fünf Jahren nicht mehr begegnet... Wir werden dies durchstehen, Lew."*

Aus meinen zehn Jahren als Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen kenne ich sehr viele Berichte, die präzise zeigen, wie die Staatssicherheit die Würde von Menschen beschädigte und entsprechende Methoden als Instrument gegen tatsächliche und vermutete Feinde einsetzte. Im Stasi-Jargon hieß das Zersetzung oder auch ‚Operativen Psychologie‘. Es gab akribische Richtlinien dafür, und ihre Anwendung erfolgte auf der Grundlage sorgfältig zusammengetragener Informationen über die Lebensverhältnisse und die psychische Konstitution der „Zielperson“:

Als bewährte Formen der Zersetzung nennt die Richtlinie 1/76 unter anderem die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender, sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben; systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen; [...] Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive; Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen [...]; örtliches und zeitliches Unterbinden beziehungsweise Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe [...] zum Beispiel durch [...] Zuweisung von örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze“

Konkret wurden die Betroffenen, darunter manche meiner Freunde, damit „bearbeitet“, dass man mit gefälschten Fotos und Briefen Beziehungen zerstörte, massenhaft Anzeigen im Namen der ‚Zielperson‘ geschaltet wurden, dass Psychoterror sie an den Rand des Nervenzusammenbruchs führte oder darüber hinaus.

Die Zersetzungsmaßnahmen erfolgten streng konspirativ. Die Opfer waren also schmerzhaften und entwürdigenden Erfahrungen ausgesetzt, ohne die wahren Gründe dafür zu erkennen. Und oft genug blieben sie damit allein:

Eine alleinlebende Frau zum Beispiel, dem Wesen nach etwas pedantisch, stellte beim Nachhausekommen mehrmals fest, dass die an Haken hängenden Handtücher im Badezimmer gegeneinander vertauscht worden waren. Was weniger ordnungsliebenden Menschen vermutlich nicht aufgefallen wäre, war für sie der Beweis, dass jemand sich Zugang zu ihrer Wohnung verschafft hatte – und ihr Gefühl sagte ihr, dass das die Staatssicherheit gewesen sei. Doch konnte sie darüber reden? Freunden erzählen, dass die Stasi in ihrer Abwesenheit in die Wohnung eindringt, um Handtücher zu vertauschen? Man würde ihr nicht glauben, sie vielleicht für überspannt oder hysterisch halten. Und so kam zur Angst noch die Einsamkeit hinzu.

Erst, wenn man diese Geschichten kennt, lässt sich ermessen, wie wichtig die Öffnung der Akten war - und damit die Möglichkeit, endlich Gewissheit über derart traumatische Erfahrungen zu gewinnen.

Zu meiner und unser aller großen Genugtuung hat die Staatssicherheit aber auch, natürlich ohne dass sie diesen Zweck verfolgt hätte, eine große Zahl von Berichten hinterlassen, die die Aufrichtigkeit, den Mut und die Würde unzähliger Menschen bezeugen. Das ist nur auf den ersten Blick verwunderlich, denn natürlich leuchtet es auf den zweiten Blick sofort ein, dass das Hauptaugenmerk der Geheimpolizei den Menschen galt, die als Feinde identifiziert, überwacht und verfolgt wurden, weil sie widersprachen, weil sie eigensinnig waren, weil sie sich nicht beugten, kurz: weil sie ihre Würde bewahrten.

Zu ihnen gehörten auch junge Menschen, die, zunächst ohne jede politische Intention, einfach nur darauf beharrten, sie selbst sein zu wollen, sich zu kleiden und zu frisieren und zu leben, wie es ihnen gefiel, und die Musik zu hören, die ihnen entsprach. Sie hatten es schwer. Die führende Partei sah in ihnen feindliche Kräfte und überwachte und schikanierte diese unangepassten Jugendlichen über die Maßen – gewalttätige Übergriffe eingeschlossen. Der junge Mann, den Sie auf diesem Foto mit einer Freundin sehen, hat das einigermaßen gut überstanden. Andere sind kaputtgegangen.

In dem Bemühen, ihre tatsächlichen und vermeintlichen Feinde zu kartonieren, zu kennen und zu beherrschen, hat die Geheimpolizei unübersehbare Aktenmengen produziert. Entkleidet man diese Berichte der ideologischen und unlebendigen Sprache der Stasi-Bürokratie, tauchen aus den mittlerweile vergilbten Akten wunderbare Geschichten unzähliger Menschen auf, die sich selber treu blieben. Als mutige Dissidenten oder einfach nur als Menschen, die anständig geblieben sind – will sagen, die sich ihrer Würde bewusst waren.

Zu meinen Favoriten gehören die Berichte über Menschen, die sich weigerten, mit der Stasi zusammenzuarbeiten und Berichte über ihre Mitmenschen zu liefern. Wie sollten sie sich verhalten, was würde passieren, wenn sie sich verweigerten? Dennoch hatten viele den Mut nein zu sagen. Es galt auch in der DDR als unanständig, seine Mitmenschen zu verraten.

Das, was ich aus diesen Berichten erfuhr, habe ich oft in Vorträgen zur Sprache gebracht. Was glauben Sie, lautete meine Frage, wie viel Prozent der DDR-Bewohner für das MfS arbeiteten, alle zusammengenommen, also die Hauptamtlichen und die inoffiziellen Mitarbeiter?

In der Regel lagen die Schätzungen zwischen 10 und 50 Prozent, und die Überraschung war groß, wenn ich dann die tatsächliche Zahl von weniger als zwei Prozent nannte. Die Akten des MfS, erklärte ich dann den staunenden Zuhörern, beweisen, dass die Menschen in der DDR kein Volk von Spitzeln und Verrätern waren. Ich konnte, wenn ich so etwas vor ostdeutschem Publikum sagte, geradezu körperlich spüren, wie sich die Stimmung im Saal veränderte, wie manche nickten, lächelten oder sich auf ihren Stühlen etwas aufrichteten. Offenbar herrschte das Gefühl vor, als Ostdeutsche unter Generalverdacht zu stehen, und das wurde als niederdrückend, als entwürdigend empfunden.

Über ostdeutsche Befindlichkeiten ist in letzter Zeit viel diskutiert worden, zunächst angesichts der großen Wahlerfolge der AfD in den ostdeutschen Ländern, dann, als immer öfter sogenannte besorgte Bürger sich in Gruppen hinter den Absperrungen versammelten, um Kanzlerin, Bundespräsidenten und andere Politiker hasserfüllt und mit verzerrten Gesichtern „Volksverräter“ entgegenzuschreien und Journalisten als Vertreter der „Lügenpresse“ anzugreifen. Zuletzt waren es die Bilder aus Chemnitz,

die uns erschütterten: So viel unverhüllter Hass, so viel Hetze und Gewalt. Und so viel, die zuschauen und mitlaufen. Was bedeutet diesen Menschen die Menschenwürde?

Es wäre grundfalsch, hier nur ein Problem der ostdeutschen Gesellschaft zu sehen. Auch in westdeutschen Städten gibt es Rassismus und Anschläge auf Unterkünfte von Asylbewerbern, gibt es die Verachtung von Freiheit und Demokratie und ihrer Institutionen.

Aber es gibt im Westen mehr Gegenkräfte, die Zivilgesellschaft ist hier stärker. Das, was wir die liberale Mitte der Gesellschaft nennen, ist im Osten unterentwickelt. Die Aushöhlung der zivilen Bürgergesellschaft erfolgte in Wellen:

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Eliten entweder ermordet, inhaftiert, aus dem Land getrieben oder korrumpiert.

Dann, in der DDR, wurden bürgerliche Lebensweisen und Wertvollstellungen unter Verdacht gestellt und denunziert. Millionen Menschen verließen die DDR Richtung Westen. Die, die bleiben, hatten sich anzupassen und retteten sich in private Nischen. Eine Öffentlichkeit, die diesen Namen verdienen würde, existierte nicht. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erfolgte ebenso wenig – das Volk der DDR wurde per Dekret zu den Erben der Opfer und der Widerstandskämpfer erklärt – die Nazis waren, so die Propaganda, alle im Westen untergekommen. Und während sich in den 70er und 80er Jahren in der westdeutschen Gesellschaft, auch auf dem Wege schmerzhafter Debatten, eine rechtsstaatliche und liberale Kultur etablierte, erstarrte die Gesellschaft im Osten immer mehr.

Schließlich lässt sich von einer dritten Welle in den 90er Jahren sprechen. Die rasend schnellen Veränderungen der 90er Jahre in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt, hatten gravierende Brüche in den Berufsbiografien vieler Ostdeutscher zur Folge – entweder, weil ihre Ausbildung und ihre Studienabschlüsse für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt nicht taugten oder weil ihre Arbeitsplätze nicht mehr existierten oder weil sie in der Konkurrenz mit aus dem Westen stammenden Bewerbern nicht mithalten konnten. Das wiederum lag nicht selten an gänzlich anderen Berufserfahrungen oder einer Arbeits- und Kommunikationskultur, die sich von der des Westens unterschied. Etliche schafften den Neuanfang, viele Jüngere gingen dafür in den Westen. Viele aber, vor allem aus der mittleren und älteren Generation, blieben. Plötzlich wieder ganz am Anfang zu stehen, mit dem Gefühl, dass 20 oder 30 Jahre Berufserfahrung nichts mehr wert sind – das ist schwer in einem Alter, in dem andere die letzten Stufen einer erfolgreichen Karriereleiter erklommen haben und sich eines entsprechenden Einkommens und Ansehens erfreuen. Viele haben das als Verletzung ihrer Würde erlebt.

Offenbar wirkten sich solche Erfahrungen vielfach stärker aus als die beglückende Erfahrung des Mauerfalls und des Endes der SED-Diktatur. Nicht, dass dies nicht geschätzt würde. In den Umfragen beurteilt die große Mehrheit der Ostdeutschen die Entwicklung der letzten Jahre als durchaus positiv, auch die eigenen Lebensverhältnisse werden überwiegend als befriedigend beschrieben.

Aber das Gefühl der Zweitklassigkeit scheint nach wie vor eine Rolle zu spielen, gepaart mit Verlustängsten. „Integriert doch erst mal uns“ – so zitierte die sächsische Integrationsbeauftragte Stimmen von Menschen, die sich offenbar wieder einmal als Opfer fühlen – diesmal als Opfer der Zuwanderung und der Politik, die diese nicht verhindere.

Es gibt Streit darüber, wo die Hauptursachen für so viel Hass und Würdelosigkeit und für die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Flüchtlingen liegen. Mir erscheint dieser Streit müßig, da alle diese Ursachen zusammenwirken. Viel wichtiger scheint mir die Frage, wie es gelingen kann, einerseits die apathischen Mitläufer zu sensibilisieren und die vielen Menschen zu stärken, die sich in Verteidigung ihrer Würde und ihrer Selbstachtung dem Hass und der Gleichgültigkeit entgegenstellen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Mit dem Artikel 1 unseres Grundgesetzes ist die WÜRDE DES MENSCHEN in Deutschland oberster Verfassungsgrundsatz. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes reagierten damit auf die massive Missachtung der Menschenwürde durch den nationalsozialistischen Staat. Die herausragende Bedeutung der Würde des Menschen liegt aber auch in der jüdisch-christlichen Tradition begründet, und zwar in der Vorstellung vom Menschen als Ebenbild Gottes.

Worin die Würde des Menschen – im Unterschied zu anderen Werten – besteht, hat Immanuel Kant so beschrieben:

„Im Reich der Zwecke hat alles entweder einen Preis oder eine Würde. Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes, als Äquivalent, gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde.“

Was bedeutet das? Die Menschenwürde gilt also ohne Einschränkung. Jeder Mensch besitzt sie – unabhängig davon, was er denkt und wie er sich verhält. Niemand kann sie ihm nehmen.

Das ist ein schwerer Brocken. Mir fällt es schwer, diese Definition anzunehmen, wenn ich an das Elend denke, das Menschen erleiden oder anderen antun, an die entwürdigenden Umstände, denen Menschen in Kriegsgebieten und Straflagern ausgesetzt sind, an Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden oder Kinder, die unter Schlägen und Missbrauch leiden. Und worin besteht die Würde eines Menschen, der seine Mitmenschen foltert und tötet?

Es sieht nach einem Widerspruch aus, wenn die menschliche Würde einerseits unveräußerlich ist, andererseits aber des Schutzes durch den Staat bedarf.

Auflösen lässt sich dieser scheinbare Widerspruch nur, indem die zwei Bedeutungen des Begriffs anerkannt werden: Die Menschenwürde selbst, die als menschliches Wesensmerkmal unantastbar ist - und der Anspruch, sich so zu verhalten, wie es der Menschenwürde entspricht. Wer einen anderen Menschen erniedrigt, verletzt in diesem Sinne also nicht dessen Würde, sondern lässt es an der gebotenen Achtung der Menschenwürde fehlen, gegenüber seinem Opfer, aber auch gegenüber sich selbst.

Die große Aufgabe, vor der wir stehen, lautet also: Menschen zu ermutigen oder in die Lage zu versetzen, ihre eigene Würde und die Würde Anderer wertzuschätzen und zu respektieren.

Hier ist mehrere Strategien zugleich nötig, von denen ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige benennen möchte. Dabei ist es mitunter wichtig, diese Strategien nicht miteinander zu vermischen:

1. Wo sollten wir damit besser beginnen als im Leben mit Kindern? Es ist unwahrscheinlich, dass Heranwachsende, deren Würde respektiert wird, die sein dürfen, was sie sind und die deshalb ein liebevolles Verhältnis zu sich selbst entwickeln, später zu Schlägern oder Despoten werden, erst recht, wenn sie Eltern und Bezugspersonen haben, die ihrerseits in Würde leben.
2. Mindestens so wichtig wie alle einzelnen Unterrichtsfächer zusammen sind die Bildungsinhalte Freiheit, Recht, Demokratie und die Fähigkeit zum Meinungsstreit. Kritik an politischen Entwicklungen und Entscheidungen ist erwünscht, darf aber nicht mit pauschaler Ablehnung demokratischer Verfahren und Institutionen gepaart sein.
3. Wenn Menschen gewalttätig sind, anderen Menschen drohen oder sie hasserfüllt beleidigen, ob von Angesicht zu Angesicht oder im Internet, ist dies nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Vielmehr gilt auch hier Artikel 1 des Grundgesetzes, deshalb ist es Aufgabe des Staates, Menschen, auch mit polizeilichen Maßnahmen, vor solchen Angriffen auf ihre Menschenwürde zu schützen.
4. Berichterstattung und politische Debatten sind zwingend nötig. Allerdings kommt es auf das richtige Maß an, denn ein Übermaß an Aufmerksamkeit gerät leicht zu einer indirekten Form der Anerkennung: Wenn ich hasse und schreie, komme ich ins Fernsehen oder in die Zeitung, wenn ich die AfD wähle, kümmern sich die anderen Parteien endlich um mich.
5. Wenn sich Menschen abgehängt und nicht von der Politik vertreten fühlen, obwohl wir in einem der reichsten Länder der Erde leben, braucht es nicht nur bessere Politik, sondern auch viele Orte und Gelegenheiten für Diskussionen und Streit unter Wahrung des gegenseitigen Respekts.
6. Die demokratische, zivile Mehrheit der Bevölkerung darf nicht wegschauen, sondern muss Stellung beziehen: Rassistischen Äußerungen widersprechen, Feindbilder entlarven, Liberalität, Freiheit und Demokratie verteidigen, die Auseinandersetzung nicht scheuen. So etwas lässt sich üben.
7. Auch wenn viele Menschen, statt zu reden, scheinbar nur noch schreien und prügeln können, braucht es Angebote der Resozialisierung und des Ausstiegs aus dem Teufelskreis von Hass und Gewalt. Wenn auch nur jeder zehnte von ihnen Vertrauen fasst, sich für Gespräche öffnet, die eigene Würde wiederentdeckt und die der anderen erkennt, hat sich das gelohnt.

- Es gilt das gesprochene Wort -

